

Regierungsratsbeschluss

vom 22. August 2005

Nr. 2005/1761

GAV - Lohnverhandlungen 2006: Zustimmung zur Erhöhung der Teuerungszulage um 1,5 Lohnprocente ab 1. Januar 2006

1. Ausgangslage

Nach Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) vom 25. Oktober 2004 führen die Vertragsparteien jährlich Verhandlungen über Lohnanpassungen (Teuerungszulage auf dem Lohn und auf den Lohnnebenleistungen sowie Reallohnentwicklung). Sie berücksichtigen dabei die wirtschaftliche und die finanzielle Lage des Kantons sowie die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Die jährliche Verhandlungen über die Lohnentwicklung gehört zu den Aufgaben der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAV-KO) (Art. 10 Buchstabe h GAV).

Die GAVKO, insbesondere die Arbeitnehmervertretungen als Vertragsparteien des GAV, hat sich in längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Teuerungszulagen für das Staatspersonal um 1,5% auf der Basis der im Jahre 2005 ausgerichteten Löhnen ab den 1. Januar 2006 geeinigt. Damit nahm sie die Offerte des Regierungsrates an.

Die Teuerungszulage beträgt somit per 1. Januar 2006 (Artikel 136, GAV) 107,6915 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte.

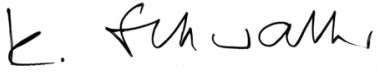
2. Beschluss

Gestützt auf Artikel 17 GAV vom 25. Oktober 2004¹⁾

- 2.1 Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass die GAVKO, insbesondere die Arbeitnehmervertretungen als Vertragsparteien des GAV, einer Erhöhung der Teuerungszulagen um 1,5 % auf den im Jahre 2005 ausgerichteten Besoldungen zustimmt.
- 2.2 Die Teuerungszulage für das Staatspersonal und die Lehrkräfte an den Volksschulen (Artikel 5, Absätze 1 und 2, GAV) wird ab 1. Januar 2006 um 1,5915 Indexpunkte (entsprechend 1,5 Lohnprozenten auf der im Jahre 2005 ausgerichteten Besoldung) erhöht. Die Teuerung wird auf 107,6915 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte, ausgeglichen.

¹⁾ BGS 126.3.

- 2.3 Das Amt für Finanzen wird beauftragt, die Erhöhung der Personalkosten (Besoldungen, Sozialversicherungsbeiträge etc.) nach Ziffer 2.2 in den Voranschlag 2006 aufzunehmen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Schwaller'.

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Verteiler

Departemente

Personalamt

Amt für Finanzen

Vertragschliessende Personalverbände (5, Versand durch Personalamt)